

# Zweite Chance für eine Vision

Ein „Skywalk“ ist kaum realistisch, deshalb will die Stadt machbare Alternativen ausloten



Stieß bundesweit auf Interesse: Die visualisierte Vision von einem Schleusenbesucherzentrum.

Entwurf: Prof. Moths Architekten

Von Stefan Schmid

**Brunsbüttel** – Für die einen ist es eine städtische Weiterentwicklung, für die anderen nur ein Millionengrab: Das Schleusenbesucherzentrum spaltet die Politik schon bevor überhaupt feststeht, wie es aussehen könnte.

Nur eins steht bislang fest: Ein 250 Meter langer Glasbau entlang der Schleuse für sieben Millionen Euro bleibt ein Wunschtraum. Zu guter Letzt hat auch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSD) in Kiel herumgezickt. Aus diesem Grund wollte Stadtmanager Torsten Lange bereits im September ein klares Votum des Hauptausschusses, das Projekt zu überarbeiten. Doch die Politiker des Gremiums vertagten einen Beschluss, weil sie angesichts des städti-

schen Schuldenbergs derzeit 12 800 Euro für eine Fortschreibung des Projektes eindeutig zu teuer fanden. Alle vier Ratsfraktionen zeigten sich einmütig in ihrer Ablehnung.

Diese gemeinsame Front ist mittlerweile in zwei politische Lager zerbrochen, wie die jüngste Sitzung des Hauptausschusses zeigte. Es gibt nämlich einen neuen Sachstand: Das Hamburger Büro **Contelos Engineering**, das diverse Bauprojekte in der Hafen-City begleitet hat, hatte vor kurzem interessiert beim Stadtmanager angeklopft. Die Vision vom „Sky-



Lange

walk“ hatte die hanseatischen Stadtplaner beeindruckt. „Das Büro hat uns die Augen geöffnet, wie ein Überarbeitungskonzept für das Schleusenbesucherzentrum aussehen könnte“, so der Stadtmanager.

Das weitere Vorgehen stellt sich Lange so vor: Eine Art „Entwurfswerkstatt“ unter Beteiligung von **Contelos** soll die Flächennutzung und Gebäudeform zusammen mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung klären. Das Büro hat alternative Lösungswege für das Herzstück des Schleusenmeile-Projektes aufgezeigt – denkbar wären ein städtebaulicher Wettbewerb sowie die Suche nach einem potenziellen privaten Investor über ein Interessenbekundungsverfahren. Im Frühjahr würde Lange die Ergebnisse der Werkstatt dem Hauptausschuss vorlegen. Anschließend könnte schon das Interessenbekundungsverfahren angeschoben werden. Kosten für die neuen Schritte – zwischen 3000 und 4000 Euro.

Mit Überraschung musste Lange aber feststellen, dass die CDU im Hauptausschuss abwiegelte. Kein Geld für diese Spielerei, am wichtigsten für die Stadt sei ein Schulneubau am Bildungszentrum, hieß es. Für den Ausschussvorsitzenden Andreas Wohlert hat das Schleusenbesucherzentrum gar alle Qualitäten, als Millionengrab „der blanke Hans von Brunsbüttel“ zu werden. Das ganze Projekt sei derzeit zu „nebulös“, um Geld hineinzupumpen, kritisierte Jörg Lassen.

Mit im Boot der Ablehnung saß zweifelsfrei FDP-Ratsfrau

Bettina Jebens. „Ein Skywalk ist wirtschaftliche Träumerei. Man muss auch mal Nein sagen können“, meinte die Liberale.

SPD und WIR bewerten das Projekt allerdings anders. „Wir müssen auf Weiterentwicklung setzen“, forderte Karin Süfke (SPD). Ihr Fraktionskollege Wilhelm Malerius nannte die Diskussion im Ausschuss eine „Stillstandsdebatte“. Es ginge um neue Ideen und nicht um Stillstand, fügte sich WIR-Fraktionschef Kai Schwonberg in die Phalanx der Befürworter. „Ein Schulneubau und dann nix mehr kann es wohl auch nicht sein“, kritisierte er die CDU.

Auch Bürgermeister Stefan Mohrdieck glaubt weiter an ein Schleusenbesucherzentrum:

„Es kann Brunsbüttel zu mehr touristischer Aufmerksamkeit verhelfen.“ Am Ende der Debatte zeigte sich, dass das Rathaus besser beraten gewesen wäre, hätte es das Thema gar nicht erst im Hauptausschuss auf die Tagesordnung gesetzt, sondern stattdessen **das Hamburger Büro einfach schon mit ins Boot geholt**. Denn Lange gab zu erkennen, dass er das erforderliche Geld dafür in seinem aktuellen Budget freischaufeln könnte. Damit waren die Neinsager vorerst zufrieden gestellt.

## KOMMENTAR



Von Stefan Schmid

## Kleinkariert

tet eine städtebauliche und vor allem touristische Weiterentwicklung der Stadt.

Die Frage lautet nur, ob man das will. Nach der teilweise sehr kleinkarierten, um nicht zu sagen kleingeistigen Debatte im Hauptausschuss darf man in Frage stellen, ob die Politik überhaupt noch hinter dem Projekt steht.

Der Versuch des Stadtmanagers, sich mit Recht genau dieses politische Votum abzuholen, endete aber in einer wenig schmeichelhaften öffentlichen Abmahnung durch CDU und FDP. Man muss befürchten: Mit Haushaltsdisziplin hat diese Einstellung nichts zu tun – dafür eher mit beginnendem Wahlkampf.



Wäre auch eine attraktive Lösung: Ein ständiges Riesenrad am Kanal mit Überblick über die gesamten Schleusen.